

# Fraktionen ziehen Bilanz im Veruntreuungsfall

Letzte Sitzung des alten Stadtparlaments · Neuer Akeneinsichts-Ausschuss soll Arbeit fortsetzen

Ungewohnt friedlich endete die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am letzten Tag der Legislaturperiode.

von Heike Horst

**Marburg.** Der Bericht des Akeneinsichts-Ausschusses zum Veruntreuungsfall in der Beihilfestelle der Stadtverwaltung war Anlass für eine Sondersitzung des Stadtparlaments am Donnerstagabend im Bürgerhaus Cappel.

„Bis 0 Uhr müssen wir fertig sein“, mahnte Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer. „Dann endet die Legislaturperiode.“

So lange brauchten die Stadtverordneten aber bei Weitem nicht. Im Gegenteil: Der Umgang war sachlich und binnen zwei Stunden war der Abschlussbericht des Akeneinsichts-Ausschusses mehrheitlich verabschiedet.

Die Ausschuss-Vorsitzende Gerlinde Schwebel (SPD) stellte den Bericht vor. Er sei in drei Abschnitte aufgeteilt: einen Rückblick auf die Sitzungen, Ergebnisse der Akeneinsicht und eine Wertung.

Über die Inhalte der ersten

beiden Punkte waren sich alle Fraktionen einig. In der Bewertung hatten CDU und MBL eine andere Auffassung mit der sie sich aber nicht durchsetzen konnten.

Streitpunkt war die Versetzung des zweiten Mitarbeiters der Beihilfestelle. Für SPD, Grüne, FDP und Marburger Linke wurden damit die Weichen falsch gestellt, weil es fortan keine „amtsinternen Kontrollmöglich-

lichkeiten“ mehr gegeben habe. Nach Auffassung von CDU und MBL hätte die Arbeit in der Beihilfestelle durchaus von einem Mitarbeiter erledigt werden können. Das Problem sei die Ansiedlung der Beihilfestelle im Haupt- und Personalamt gewesen. Der Vorgesetzte des beschuldigten Beamten hätte die Akten nicht einsehen dürfen, da er Personalentscheider gewesen sei.

Uli Severin zog eine klare Bilanz der bisherigen Erkenntnisse des Ausschusses: „Gelegenheit macht Diebe. Wir haben dem Beamten die Gelegenheit gegeben.“

„Uns eint das Erschrecken über die kriminelle Energie eines Menschen“, erklärte Roger Pfalz. Vor allem für einen Beamten sei eine solche Handlungsweise fatal.

Dr. Hermann Uchtmann von

der MBL kritisierte, dass der Prüferbericht verwaltungsintern erstellt worden sei, auch wenn der Verfasser mit den Vorgängen nichts zu tun gehabt hätte und sehr gute Arbeit geleistet habe.

Es seien viele Fragen offen geblieben über Hintergründe. „Warum wurde der betreffende Beamte nicht kontrolliert und wer war dafür verantwortlich?“, fragte Uchtmann. „Mir fehlt neben dem Beschuldigten ein weiterer Verantwortlicher.“

„Wir sollten keine Polemik in eine sachorientierte Arbeit bringen“, mahnte Rainer Flohrschütz (Grüne). Es habe Probleme in der Verwaltung gegeben.

„Es war richtig, dass das Stadtparlament noch einmal über den Veruntreuungsfall diskutiert, sagte Professor Georg Fülberth (Marburger Linke). Auch wenn sich vielleicht beim Strafprozess herausstellen könne, „wie wenig wir gewusst haben“. Ein neuer Akeneinsichts-Ausschuss werde nötig sein.

Oberbürgermeister Egon Vaupel berichtete, dass der Veruntreuungsfall in Marburg bei anderen Kommunen und Behörden großes Nachdenken ausgelöst habe, wie eine Software Finanzströme überprüfen könne. Auch in Marburg müsse man über ein solches EDV-gestütztes System reden.



Das alte Stadtparlament hielt seine letzte Sitzung im Bürgerhaus Cappel ab. Der Stadtverordnetensitzungssaal kann wegen des Umbaus zur Wahlauszählung noch nicht genutzt werden. Foto: Richter

Fenster schließen

Ausschnitt drucken